Protokoll Gemeinderat - öffentlich - vom 27.02.2024

1) TOP Einwohnerfragen

Rathausplatz - nicht geleerte Mülltonnen

<u>Frau Schnerr</u>, Anwohnerin der Karlstraße, bemängelt, dass bei der Bushaltestelle am Rathausplatz seit Wochen überfüllte Restmüll- und Biomülltonnen stehen und dort Unrat abgelagert werde. Gleich daneben befinde sich eine Wartebank. Sie möchte wissen, warum diese Tonnen nicht geleert werden.

<u>Oberbürgermeister Pauly</u> erklärt, dass hierfür nicht die Stadtverwaltung Donaueschingen, sondern das Landratsamt zuständig sei. Es handle sich vermutlich um ein privates Problem, weil eventuell die neuen Abfallmarken noch nicht aufgeklebt wurden.

2) TOP 5-001/24 Durchführungsvertrag zum Bebauungsplan "Konversion IV" im Verfahren nach § 13a BauGB

<u>Oberbürgermeister Pauly</u>ruft den Tagesordnungspunkt auf, begrüßt Herrn Uwe Birk (DBA – Deutsche Bauwert) und führt in die Sitzungsvorlage ein.

<u>Fraktionssprecher Reinbolz</u> findet es schade, dass die Schaffung von sozial gefördertem Wohnraum hier nicht möglich sei und fordert, dass alle Möglichkeiten, doch noch Förderung zu erhalten, ausgeschöpft werden. Außerdem sei die Heranziehung des Mietspiegels von Villingen-Schwenningen für Donaueschingen nicht sachgerecht. Eventuell sollte hier die Erarbeitung eines eigenen Mietspiegels in Erwägung gezogen werden.

<u>Oberbürgermeister Pauly</u> erklärt, dass ein Mietspiegel Vor- und Nachteile habe. Über eine Erarbeitung müsse man sich separat unterhalten.

<u>Amtsleiter Unkel</u> erklärt, dass alle Beteiligten gerne den geförderten Wohnraum umsetzen möchten und ihnen dies sehr wichtig sei. Die Zusammenarbeit der Beteiligten ist sehr gut, so konnte eine gute Lösung gefunden werden.

<u>Beschluss:</u> Dem beigefügten Durchführungsvertrag zum Bebauungs-

plan "Konversion IV" wird zugestimmt.

(31 Ja, 0 Nein. 0 Enthaltungen)

3) TOP 4-002/24 Bebauungsplan "Konversion IV" im Verfahren nach § 13a BauGB - Behandlung Stellungnahmen aus Offenlage, Abwägungsbeschluss, Satzungsbeschluss

<u>Oberbürgermeister Pauly</u> ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage ein. Er begrüßt Frau Kirstein von der Planungsgesellschaft BHMP.

<u>Frau Kirstein</u> stellt die Planung anhand einer Präsentation vor und führt zu den eingegangenen Stellungnahmen und deren Berücksichtigung in der Planung aus.

<u>Fraktionssprecher Blaurock</u> hebt hervor, dass das schalltechnische Gutachten die kritische Lage belege und frage, wie die geforderten Maßnahmen umgesetzt werden.

<u>Stadträtin Riedmaier</u> unterstreicht erneut, dass die Nord-Süd-Erreichbarkeit genug Platz für einen Begegnungsverkehr von Fußgängern und Radfahrern erfordert. In den Sitzungsunterlagen stehe nun, dass Radfahrer nicht über die Nord-Süd-Erreichbarkeit geführt werden sollen. Dies habe sie schon mehrfach bemängelt, eine Änderung sei nun wiederum nicht erfolgt.

<u>Frau Kirstein</u> erklärt, dass die Schallschutzmaßnahmen umzusetzen sind und auch Kontrollen durchgeführt werden müssen. Bezüglich der Radverkehrsführung kann sie keine ausreichende Antwort geben, die Zuständigkeit liegt hier beim Architekten, der die Planungen bisher ausgeführt hat.

Der für die Stadtplanung zuständige <u>Sachgebietsleiter Alexander Kuckes</u> führt aus, dass das neue Gebäude zwar Arkaden erhalten soll, ein Begegnungsverkehr mit Fußgängern und Radfahrern jedoch möglich sei.

<u>Amtsleiter Unkel</u> stellt fest, dass die vorhandene Breite für einen Radverkehr ausreicht. Die Planungsunterlagen sind daher im Textteil entsprechend anzupassen.

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat stimmt den vorliegenden Behandlungsvorschlägen zu den eingegangenen Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zu.
- 2. Der Gemeinderat fasst den Abwägungsbeschluss über alle im Laufe des Verfahrens eingegangenen Stellungnahmen (gem. § 1 Abs. 7 BauGB).
- 3. Der Gemeinderat beschließt gem. § 10 Abs. 1 BauGB den vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften "Konversion IV" sowie Vorhaben- und Erschließungsplan als Satzung mit der Maßgabe, dass der Bebauungsplan hinsichtlich der Fahrradverbindung aus der Laßbergstraße in das Konversionsgebiet westlich des geplanten Neubaus so angepasst wird, dass dort eine Fahrradverbindung möglich ist. Mit Ausfertigung und Bekanntmachung tritt diese in Kraft.

(31 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

<u>Oberbürgermeister Pauly</u> ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage ein und verweist auf die Darstellung in der Tischvorlage.

Er begrüßt Herrn Karl-Heinz Koch, Ingenieurbüro Breinlinger.

Amtsleiter Monien zeigt sich frustriert über die Ausschreibungssituation Es werde vorgeschlagen, die Ausschreibung aufzuheben, da keine entsprechenden Angebote eingegangen sind. Die Baumaßnahmen gestalten sich nicht nur durch das Bauwerk selbst schwierig, sondern auch durch notwendige Abstimmungen mit der Deutschen Bahn und der Elektrizitätsversorgung. Man habe regional alle in Frage kommenden Anbieter angesprochen und sei auch überregional auf potentielle Bieter zugegangen. Es habe zwar Interessenbekundungen gegeben, doch seien letztlich die Angebotsabgaben ausgeblieben. Da für die wichtigsten Vergabepunkte keine Angebote eingegangen seien, müsse das Verfahren aufgehoben werden. Im Anschluss soll im Rahmen einer Verhandlungsvergabe versucht werden, Angebote zu erhalten.

Stadtrat Dr. Klotzbücher führt aus, der Siedlersteg sei ursprünglich als Zuwegung für die Bewohner der Siedlung in Richtung Stadt gedacht gewesen. Seit dem Ausbau des Ringzugs profitieren nun auch die Bahnunternehmen von dem Steg, da dieser zu einer Haltestelle führe. Er stellt zur Diskussion, ob nicht auch die Bahnbetreiber an den Kosten beteiligt werden müssten. Des Weiteren interessiert ihn, was die Folgen seien, wenn der Siedlersteg aus Verkehrssicherungsgründen gesperrt werden müsse. Es gelte zu erwägen, alternativ einen Neubau zu planen, der den baulichen Anforderungen und Ausführungen angepasst werden könne.

<u>Stadträtin Riedmaier</u> berichtet, man habe fraktionsintern beraten und bezweifle, ob die angedachte Sanierung die Haltbarkeit der Bauausführung für die hiesige Region geeignet sei. Man halte eine Blechbedachung als Alternative für die derzeitige Schindelbedachung für einen besseren Schutz vor eindringendem Wasser.

<u>Fraktionssprecher Reinbolz</u> interessiert es, ob die Verwaltung einen alternativen Plan "B" parat habe.

<u>Stadtrat Horst Hall</u> merkt an, aus seiner Sicht sei Holz für technische Konstruktionen ungeeignet und hält einen Abriss des Bestands mit Neubau für eine geeignetere Lösung. Er wünscht hierzu eine Kostenberechnung.

<u>Fraktionssprecher Blaurock</u> spricht sich auch für die Prüfung möglicher Alternativen aus.

<u>Amtsleiter Monien</u> berichtet, es habe bereits Gespräche und Prüfungen zu Kostenbeteiligungen gegenüber den Bahnunternehmen gegeben. Es bestünden aktuell jedoch keine Vereinbarungen, die hierzu greifen würden.

Bei der Sanierung wäre ein entsprechender Witterungsschutz für die Holzkonstruktion und eine Ausweitung des Dachvorsprungs vorgesehen. Das Dach solle nur teilsaniert werden. Daher wäre ein Ausweichen auf Blech schwierig und für die gesamte Dachfläche zu teuer.

Der aktuelle Zustand erfordere keine Sperrung des Siedlerstegs. Es seien aber bereits Überlegungen angestrengt worden, wie sich diese auswirken würde.

<u>Amtsleiter Monien</u> empfiehlt einen vierten Ausschreibungsversuch. Der Siedlersteg präge das Stadtbild habe für die Donaueschinger Bürger eine wichtige Bedeutung.

Ein Ersatzneubau könne in verschiedenen Varianten erstellt werden, die gut vorbereitet sein müssen, bevor sie beraten werden können. Hierzu werde zeitlicher Vorlauf erforderlich.

Oberbürgermeister Pauly sieht im Rahmen einer freihändigen Vergabe die Möglichkeit, die Sanierung des Siedlerstegs doch noch durchführen zu können. Das sei der vorrangige Plan A. Sollten wider Erwarten keine Angebote eingehen, müsse man sich mit einer Alternative auseinandersetzen. Die Sperrung der Brücke wie auch eine Neubaulösung bedeuten längere Fußwege

<u>Herr Heinz Koch</u>, Planungsbüro Koch, berichtet über den Ablauf der bisherigen Ausschreibungsverfahren und die dabei vorgenommenen Aufteilungen der Gewerke, die einzeln aufeinander aufbauen. Daher könne eine Ausführung nur dann erfolgen, wenn für alle Gewerke Anbieter vorhanden seien. Im Rahmen der freihändigen Vergabe sieht er die Möglichkeit, Angebote zu erhalten. Es gäbe durchaus Interessenten.

<u>Stadtrat Durler</u> interessiert der Planansatz für einen Ersatzneubau. Ihm seien etwa 1,5 Millionen Euro in Erinnerung. Aus seiner Sicht bestehe die Gefahr, dass die Kosten "davon galloppieren". Daher halte er es für ratsam, eine alternative Lösung als Plan B zeitnah zu prüfen.

Herr Koch erläutert einen möglichen Brückenneubau über die Brigach. Für eine barrierefreie Ausführung sei eine rund 120 Meter lange Rampe erforderlich. Bei Verzicht auf eine barrierefreie Ausführung könne der Bau entsprechend kürzer ausfallen. Ein Teilneubau würde ca. 5.000.000 Euro kosten, bei einem Gesamtneubau wären es etwa ca. 9.000.000 Euro. Bau- und Ingenieurleistungen müssten dann wiederum ausgeschrieben werden. Allein für die Ausschreibungsverfahren müssten vier bis fünf Jahre eingeplant werden. Um die nächsten zehn Jahre zu überbrücken, müssten zumindest die Streben getauscht werden. Zudem sei es erforderlich, dass mehrfach pro Jahr das fortschreitende Verfaulen der Substanz geprüft werden.

<u>Stadtrat Lind</u> fordert eine statische Prüfung der Brücke, um die Haltbarkeitsdauer der Brücke festzustellen.

<u>Herr Koch</u> informiert, dass mit den angedachten Sanierungsmaßnahmen eine Haltbarkeit des Siedlerstegs von 25 Jahren möglich wäre.

Beschluss:

- 1. Der Sachstandsbericht zu den Ausschreibungsergebnissen Siedlersteg werden zur Kenntnis genommen.
- Die Ausschreibungen (Vergabe-Nr. 2023-1254-B-ö, 2024-04-B-ö) werden gem. § 17 Abs. 1 VOB / A aufgehoben.

(30 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung)

4.1) TOP 9-006/24/1 Siedlersteg Donaueschingen - Ausschreibungsergebnisse

Oberbürgermeister Pauly verweist auf die Tischvorlage

Beschluss:

- 3. Der Sachstandsbericht zu den Ausschreibungsergebnissen Siedlersteg werden zur Kenntnis genommen.
- 4. Die Ausschreibungen (Vergabe-Nr. 2023-1254-B-ö, 2024-04-B-ö) werden gem. § 17 Abs. 1 VOB / A aufgehoben.
- 5. Die Verwaltung wird beauftragt, über eine freihändige Vergabe das Paket 1, Los 2 i.Z.m. der Knotensanierung anzustreben.

5) TOP 4-006/24 Fußverkehrs-Check 2023 - Abschlussbericht

<u>Oberbürgermeister Pauly</u> ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage ein. Er begrüßt Herrn Jonas Schmid, Planersocietät.

<u>Herr Schmid</u> stellt die Inhalte des Fußverkehrs-Checks und dessen Ergebnisse in einer Präsentation vor. Diese ist der Niederschrift beigefügt.

<u>Fraktionssprecher Blaurock</u> stellt dar, der Fußverkehrs-Check sei seiner Meinung ein Baustein, der bei Bau – und Sanierungsmaßnahmen hinzugezogen werden könne

<u>Stadtrat Wild</u> erklärt, dass er bei allen Terminen des Fußverkehrs-Checks teilgenommen habe. Leider sei das Bürgerinteressen eher gering gewesen. Wichtig war aus seiner Sicht die Beteiligung des Behindertenbeauftragten. Der vorgeschlagene Maßnahmenkatalog könne entsprechend der Dringlichkeit angegangen werden.

Stadträtin Wiemer bedankt sich für den aufschlussreichen Check. Änderungen im Verkehrsbereich der Innenstadt seien oft sehr zäh, bis es zu einer Änderung bzw. Umsetzung komme. Es sei gut, den Fußgängerverkehr mehr in den Fokus zu nehmen und die Sicht zu verändern. Positiv sieht sie die kurzfristig umsetzbaren Maßnahmenvorschläge. Aus dem Bericht gehe hervor, dass die in der Innenstadt vorhandene verschiedenen Pflasterungen nicht wahrgenommen werden. Sie fragt, ob hier auch mit Farben gearbeitet werden könne, um einen Tausch des Pflasters zu vermeiden.

<u>Herr Schmid</u> antwortet, dass farbige Markierungen denkbar seien. Die Straßenverkehrsbehörde müsse diese jedoch freigeben.

<u>Amtsleiter Unkel</u> bedankt sich bei der Planersocietät. Es sei ein sehr differenziertes Handlungsfeld aufgezeigt worden, dass teilweise auch schnell angegangen werden könne, ohne größere Auswirkungen dadurch zu erzeugen.

Beschluss:

Der Abschlussbericht zum Fußverkehrs-Check 2023 in Donaueschingen wird zur Kenntnis genommen.

6) TOP 3-005/24 Vorstellung des Projekts "Region der Lebensretter"

<u>Oberbürgermeister Pauly</u> ruft den Tagesordnungspunkt auf und begrüßt <u>Herrn Dr. Johannes Kohler</u>, AED (Automatisierter Externer Defibrillator) Regionenverantwortlicher für den Schwarzwald-Baar-Kreis und <u>Frau Monika Fritz</u>, DRK Kreisverband Donaueschingen. Herr Dr. Kohler stellt das Projekt anhand einer Präsentation vor. Diese ist der Niederschrift beigefügt.

Oberbürgermeister Pauly bedankt sich für die Präsentation und hebt die Wichtigkeit des Projekts hervor.

<u>Stadtrat Reith</u> berichtet, dass er das Projekt bereits in Freiburg besichtigt habe und zeigt sich tief beeindruckt. Er freut sich, dass im Landkreis bereits eine beachtliche Zahl an Helfern vorhanden sei. Anliegen müsse es sein, die Zahl der Helfer noch zu erhöhen, damit künftig noch mehr Leben gerettet werden können. Er fragt, ob sich alle Kommunen im Schwarzwald-Baar-Kreis beteiligen.

<u>Herr Dr. Kohler</u> antwortet, fast alle Kommunen im Landkreis leisten ihren Beitrag. Er hebt hervor, dass die Ersthelfer ihren Einsatz im Ehrenamt ausüben. Sie erhalten keine Entschädigung für ihre Tätigkeit. Er freut sich über das große Interesse der Stadt Donaueschingen an dem Projekt und begrüßt, dass noch mehr öffentlich auf das Projekt aufmerksam gemacht werden soll.

<u>Stadtrat Prof. Dr. Walter</u> fragt, ob das Projekt wissenschaftlich begleitet werde und was die Hauptkriterien für die Verkürzung der Hilfeleistungszeit sind. Außerdem möchte er wissen, ob es solche Projekte auch außerhalb von Baden-Württemberg gibt, ob hierbei eine Koordinierung stattfinde und ob nur eine Marke von AED verwendet werde.

<u>Herr Dr. Kohler</u> antwortet, dieses Projekt werde wissenschaftlich von Freiburg aus begleitet. Es wird ausgewertet, welche Faktoren für eine erfolgreiche Hilfe ausschlaggebend sind – neben dem zeitlichen Faktor. Wichtig sei, dass nur Personen in die Registrierung aufgenommen werden, die einen Qualifikationsnachweis vorlegen können. Es gibt mehrere vergleichbare Alarmierungssysteme, die jedoch nicht miteinander kompatibel seien. Das im Landkreis verwendete System ist das am verlässlichsten funktionierende System.

Auf Rückfrage von <u>Fraktionssprecher Milbradt</u>, wie viele Ersthelfer es in Donaueschingen gibt und wie alt ein Qualifikationsnachweis sein dürfe, erklärt <u>Herr Dr. Kohler</u>, es müssen lediglich Qualifikationsvoraussetzungen vorliegen müssen für eine Herzdruckmassage, da dabei richtig gehandhabt werden müsse. Bei entsprechenden medizinischen Ausbildungen werde dieses

gelehrt. In der Region Donaueschingen sind etwa 60 Personen registriert. Es gebe keine Vorgabe, wie alt ein Qualifikationsnachweis sein dürfe.

<u>Oberbürgermeister Pauly</u> berichtet, dass im Rahmen der Eröffnung des Parkschwimmbads eine öffentlichkeitswirksame Aktion geplant sei.

<u>Stadträtin Vogelbacher</u> fragt, ob betriebliche Ersthelfer auch für das Projekt in Frage kommen und ob mit den Berufsgenossenschaften Kooperationen möglich wären, um mehr Ersthelfer zu gewinnen.

<u>Frau Fritz</u>, DRK Kreisverband Donaueschingen erklärt, dass die Ersthelferausbildung andere Schwerpunkte habe. Das Reanimationstraining benötigt etwa acht Stunden. Daher kommen betriebliche Ersthelfer nicht in Frage. Mögliche wäre eine Ausbildung zum Betriebssanitäter. Die Berufsgenossenschaften können leider keine Daten zur Verfügung stellen. Die vorhandenen Helfer stammen aus den Blaulichtorganisationen. Problematisch sei auch, dass ein Herzstillstand oft auch nicht erkannt werde. Auch dafür sei eine entsprechende Ausbildung wichtig.

<u>Stadtrat Roland Erndle</u> zeigt sich erschrocken darüber, dass nicht alle Kommunen ihren Beitrag für das Projekt leisten und glaubt, dass ein Bericht wie heute in Donaueschingen in anderen Kommunen helfen könne. Er sieht das Projekt aber auch als Angelegenheit für den Landkreis, um eine flächendeckende Abdeckung zu erreichen.

<u>Beschluss:</u> Der Gemeinderat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

7) TOP 1-007/24 Neufassung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage ein. Er schlägt eine Erhebung der Entschädigungssätze um pauschal 20 % vor. Er hält den Vorschlag für angemessen.

<u>Stadträtin Bronner</u> fragt, wie hoch die Auswirkungen der Erhöhung für den Haushalt wären. <u>Oberbürgermeister Pauly</u> erklärt, hier könne keine konkrete Zahl genannt werden kann.

<u>Fraktionssprecher Milbradt</u> stellt den Antrag, die Erhöhung dieses Jahr auszusetzen und das so gesparte Geld für zwei Ausbildungsplätze zu verwenden.

Antrag der GUB-Fraktion:

Verzicht auf die Erhöhung der ehrenamtlichen Entschädigungssätze und das so eingesparte Geld für die Finanzierung von zwei zusätzlichen Ausbildungsplätzen zu verwenden Abstimmung: 8 Ja, 20 Nein, 5 Enthaltungen - abgelehnt

Sodann wird der Beschlussvorschlag entsprechend der Sitzungsvorlage zur Abstimmung gestellt.

:

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den vorgeschlagenen Anpassungen der Entschädigungssätze und der weiteren Änderung der Entschädigungssatzung zu und beschließt die Neufassung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit.

(23 Ja, 4 Nein, 6 Enthaltungen)

8) TOP 2-003/24 Schwimmbäder Donaueschingen - Neufassung der Gebührensatzung

<u>Oberbürgermeister Pauly</u> ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt kurz in die Sitzungsvorlagen ein.

Stadträtin Vogelbacher bedankt sich für ihre Einbindung in die Thematik. Es war von den im Badebetrieb tätigen Vereinen ein lang gehegter Wunsch, die Begrifflichkeiten anzupassen. Sie beantragt, die Gebühr von 2,60 € für die Abendkarte auf 3,00 € zu erhöhen. Grund hierfür ist die einfachere Abwicklung, die Bargeldvorhaltung und Minimierung von Fehlern bei der Abrechnung. Bei den Ortsteilbädern sollte die Frühbadezeit in eine allgemein gültige Formulierung wie z. B. "gemäß Aushang" geändert werden.

Die Paragrafen 7, 8 und 9 sollten nach dem Paragrafen 3 eingefügt werden. Dies sei wichtig für den Aushang der Satzung in den Bädern, für den nur ein beschränkter Raum zur Verfügung steht. Weiterhin weist <u>Stadträtin Vogelbacher</u> darauf hin, dass die Badeordnung schon älter ist und Kinder ab 6 Jahren alleine in die Bäder kommen dürfen. Hier müsste auf 10 Jahre erhöht werden. Für eine bessere Kommunikation mit den Gästen wären Darstellungen mit Piktogrammen hilfreich.

<u>Stadträtin Bronner</u> beantragt, dass beim Früh- und Abendschwimmen auch 11er-Karten genutzt werden können. Außerdem möchte sie wissen, wie es praktisch gehandhabt wird, wenn Schüler von Donaueschingen nach Hüfingen gebracht werden.

<u>Stadtrat Reinbolz</u> fragt, ob die Saisonkarten für Hubertshofen und Wolterdingen ein Lichtbild erfordern, und ob dies für die Kernstadt so auch vorgesehen ist. Er spricht sich dafür aus, die Gebühren für drei Jahre festzuschreiben.

<u>Stadträtin Vogelbacher</u> ergänzt, dass sich die Organisation in den Bädern an den Frühschwimmern orientiert und für diese ein entsprechender Aufwand betrieben werden muss.

Sachgebietsleiter Bösinger bestätigt, dass die Badeordnung veraltet ist. Eine Überarbeitung stehe noch aus. Die Saisonkarten in der Kernstadt werden im Bankkartenformat gehalten, die Saisonkarten in den Stadtteilen bestehen noch aus Papier, daher ist ein Lichtbild möglich. Wenn die Schulen in das Hallenbad nach Hüfingen gehen, werden 33,00 € pro belegte Bahn und Schwimmstunde erhoben. Sachgebietsleiter Bösinger ergänzt, dass in der Satzung noch von "Schwerbeschädigten" gesprochen wird. Die Formulierung ist hier noch in "Schwerbehinderte" zu ändern.

Der Gemeinderat fasst folgende Beschlüsse:

Oberbürgermeister Pauly schlägt vor, den inhaltlichen Antrag, dass Früh- und Abendschwimmen auch eine 11er-Karte erhalten können, in die Satzung aufzunehmen. Nachdem aus dem Gremium kein Widerspruch erhoben wird, wird diese Änderung in § 4 Absatz 2 unter der Aufzählung c) der Satzung aufgenommen.

Sodann stellt Oberbürgermeister Pauly den Antrag zur Abstimmung, dass die Gebühren für das Früh- und Abendschwimmen von 2,60 € auf 3,00 € erhöht werden. Abstimmung: 18 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen (Zustimmung)

Bezüglich des Vorschlags, die Zeiten für Früh- und Abendschwimmen "nach Aushang" zu regeln, erklärt <u>Oberbürgermeister Pauly</u>, dass dies rechtlich nicht möglich sei, da hierzu zwingend eine Satzungsregelung benötigt werde. Man könne es nicht den externen Örtlichen überlassen, zu welchen Zeiten das Früh- und Abendschwimmen angeboten werde.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt die Neufassung der Gebühren-

satzung gemäß Anlage 1

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

9) TOP 7-002/24 Finanzhaushalt - Übertragung von Haushaltsmitteln in das Jahr 2024

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es findet keine Aussprache statt.

<u>Beschluss:</u> Der Übertragung der Haushaltsreste von 2023 nach 2024 ge-

mäß der beigefügten Anlage wird zugestimmt.

(33 Ja, 0 Nein. 0 Enthaltungen)

10) TOP 7-003/24 Genehmigung der Haushaltssatzung 2024

<u>Oberbürgermeister Pauly</u> ruft den Tagesordnungspunkt auf informiert kurz wie in der Sitzungsvorlage dargestellt. Eine Aussprache findet nicht statt.

<u>Beschluss:</u> Die Bestätigung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung

und die diesbezüglichen Anmerkungen werden zur Kenntnis

genommen.

10.1) TOP 7-003/24/1 Genehmigung der Haushaltssatzung 2024

Oberbürgermeister Pauly verweist auf die Tischvorlage.

11) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Prüfbericht für die Jahre 2015 - 2018

Oberbürgermeister Pauly teilt mit, dass die Stadt und die Eigenbetriebe für die Jahre 2015 bis 2018 geprüft wurden. Der Prüfungsbericht liegt bei der Verwaltung zur Einsicht vor. Es soll den Fraktionssprechern eine Zusammenfassung zugesandt werden.

Kostenbeteiligung von Umlandgemeinden

Aktuell sei das Thema der Beteiligung anderer Kommunen an den Kosten von Schulneubauten- und sanierungen bei der Verwaltung aktuell. Hierzu soll in der Juni-Sitzung im Gemeinderat umfangreich informiert und diskutiert werden. Es geht hierbei um eine mögliche Kostenbeteiligung der Umlandgemeinden. Für Donaueschingen geht es zunächst um den Neubau der Realschule. Die Stadt Donaueschingen hat wiederum bereits von Trossingen und Furtwangen Anschreiben bekommen, die eine Kostenbeteiligung durch die Stadt Donaueschingen ankündigen. Seitens der Verwaltung wurde in diesen Fällen um Fristverlängerungen für eine Prüfung gebeten. Es fanden auch bereits Klärungsgespräche statt. Eine landesgesetzliche Regelung ist hierzu noch nicht in Sicht. Sollten sich die Kommunen nicht einigen können, ist das Regierungspräsidium für eine Festsetzung zuständig.

Umbau Kläranlage

<u>Bürgermeister Graf</u> berichtet, dass seitens des Regierungspräsidiums beschieden wurde, dass der Umbau der Kläranlage für eine vierte Reinigungsstufe förderfähig ist. Die Aufwendungen hierfür werden rund 20 Millionen Euro betragen. Die Förderung wird rund. 5,5 Mio. € betragen, davon erhält die Stadt Donaueschingen etwa 1,74 Mio. €.

Kommunalwahl - Mitteilungsblatt

<u>Amtsleiterin Engesser</u> informiert über das Angebot des Nussbaum-Verlags für die Kandidatenvorstellung im Mitteilungsblatt für die am 09.06.2024 anstehenden Kommunalwahlen.

12) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

Fairtrade-Stadt

<u>Stadtrat Dr. Kaminski</u> weist darauf hin, dass die Stadt Donaueschingen seit dem Jahr 2020 Fairtrade-Stadt ist. Es stehe nun die Neuzertifizierung an. Voraussetzung für das Prädikat sind entsprechende Aktionen und Veranstaltungen, zu deren Teilnahme er mit seiner Wortmeldung aufrufen möchte.

Müllentsorgung in der Stadt

<u>Stadträtin Riedmaier</u> bezieht sich auf Frau Schnerr, die sich in der Einwohnerfragerunde zu Wort gemeldet hat. Sie empfindet die Sauberkeit in der Stadt Donaueschingen derzeit auch als nicht gut. Seit Herbst sei mehr Müll und Unrat vorzufinden. Hervorstechend sei dabei die Treppe oberhalb des Gebäudes Schmoll in der Karlstraße.

Außerdem möchte Sie wissen wie viele Personen mit Einschränkungen bei der Stadt Donaueschingen arbeiten und bemängelt, dass sie mit ihrem Sitzplatz immer weiter Richtung Wand wandern würde.

<u>Oberbürgermeister Pauly</u> stellt klar, dass die Stadt Donaueschingen nicht für die Leerung privater Mülltonnen zuständig ist. Die Technischen Dienste sind bei der Stadtreinigung sehr aktiv. Er weist darauf hin, dass am 16.03.2024 die jährliche Landschaftsputzaktion statt.

Uhren in der Stadt

<u>Stadtrat Milbradt</u> bemängelt, dass die Uhr gegenüber der ehemaligen BW-Bank nicht die korrekte Uhrzeit anzeigt. Außerdem läute die Rathausuhr nachts alle 15 Minuten, was störend sei.

Schadensmelder-APP

<u>Stadtrat Kuttruff</u> lobt die Stadtverwaltung für die Installation einer Schadensmelder-App und die zeitnahe Erledigung von mitgeteilten Schäden.